

Eine enge Zusammenarbeit mit der EU ist auch nach Corona unabdingbar

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz war während der Corona-Zeit so intensiv wie selten zuvor. Beide Seiten haben davon profitiert. Daran ist nun anzuknüpfen. Es gilt, das geschaffene Momentum zu nutzen und das durch ständige Unstimmigkeiten gestörte Verhältnis Schweiz–EU durch langfristig geregelte Beziehungen zu ersetzen. Covid-19 darf nicht zu neuem Nationalismus und Protektionismus führen. Im Gegenteil: Gerade jetzt, wo praktisch in allen europäischen Ländern eine Rezession droht, ist eine vermehrte grenzüberschreitende Zusammenarbeit nötig. Für die Schweiz sind geregelte Beziehungen zur EU lebenswichtig. Nutzen wir die Chance zu einem Aufbruch, unser Verhältnis zu Europa zu beiderseitigem Nutzen endlich auf eine langfristig gültige Grundlage zu stellen.

Bereiche mit koordinierten Massnahmen

Während der Corona-Pandemie wurde die Schweiz sehr früh in Koordinationsbemühungen auf Ebene der EU integriert. Sie erhielt Zugang zur Datenbank, über welche die EU Gesundheitsdaten austauscht und Massnahmen koordiniert. BundesrätInnen oder ihre ChefbeamtInnen wurden zu Videokonferenzen der Gesundheits- und InnenministerInnen der EU zugeschaltet. Die Schweiz und die EU koordinierten ihre Kapazitäten bei Repatriierungsflügen. Knapp 50 PatientInnen aus Frankreich konnten in spontaner, effizienter und unbürokratischer Kooperation in einer transnationalen Solidarität in Schweizer Spitälern aufgenommen werden und die Schweiz unterstützte Italien mit Schutzmaterial.

Hilfestellungen aus Brüssel

Nationale Ausfuhrverbote von Schutzmaterial trafen die Schweiz zu Beginn der Krise hart. Das Intervenieren der EU-Kommission war wichtig: Einzelstaatliche Ansätze wurden erstens vereinheitlicht und zweitens wurde die Schweiz in das Dispositiv der EU aufgenommen und von sämtlichen Ausfuhrbeschränkungen ausgenommen. Ausserdem verschob die EU die für den 26. Mai 2020 geplante Anwendbarkeit einer revidierten Medizinalprodukteverordnung um ein Jahr. Damit verzichtete sie in der Krisensituation auf eine einseitige Massnahme, natürlich weiterhin verbunden mit der Hoffnung auf eine rasche Unterzeichnung des Rahmenabkommens. Für die Schweizer Medtech-Branche bedeutet dies, dass sie vorerst den Zugang zum europäischen Binnenmarkt nicht verliert.

Zukunftsgerichtete Europapolitik

Als hochintegrierte Wirtschaft im Herzen Europas profitiert die Schweiz kurzfristig besonders von der vollständigen Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit sowie der grenzüberschreitenden Schengen-Bewegungsfreiheit. Während der COVID-19-Krise zeigte sich die EU gegenüber dem Nichtmitglied Schweiz sehr entgegenkommend. Das bedeutet aber keine Garantie für die Zukunft. Für eine langfristige Rechtssicherheit und neue Abkommen, etwa ein Stromabkommen oder die Weiterführung des Forschungsrahmenprogramms *Horizon*, braucht es jetzt ein Bekenntnis zu einer zukunftsgerichteten Europapolitik, in erster Linie durch die Ablehnung der Begrenzungsinitiative an der Urne am 27. September 2020.

Für die Plattform Schweiz Europa (PSE)



Flavia Kleiner
Co-Präsidentin



Jean-Daniel Gerber
Co-Präsident

Die Plattform Schweiz Europa (PSE) ist ein Koordinationsorgan unabhängiger Organisationen im Europadossier. Ihr gehören das Forum Aussenpolitik (foraus), die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs), die Operation Libero, die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA), die Vereinigung Die Schweiz in Europa (ASE), die Organisation Unser Recht sowie die Gesellschaft für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (GFGZ) an.